

Dirk Schindelbeck

## Ein Königreich für einen Lieferwagen

### Der absurde Briefwechsel eines Handwerkermeisters mit Staatsorganen der DDR



*Die Lebenswirklichkeit in einer ständigen Mangelsituation können sich Schülerinnen und Schüler heute kaum vorstellen – kennen sie doch nichts anderes als die Konsum- und Überflusgesellschaft, in welcher sie selbst heranwachsen. Dass der Mangel noch vor gut zwanzig Jahren in der ehemaligen DDR zum Lebensalltag gehörte, davon haben viele immerhin gehört: es gab lange Schlangen vor den Läden, kaum Südfrüchte zu kaufen, und auf einen Kleinwagen musste man zwölf Jahre warten. Weniger bekannt ist, zu welchen Absurditäten das planwirtschaftliche System<sup>1</sup> in der Endphase der DDR auch im Dienstleistungssektor führte.*

<sup>1</sup> Das System staatlich gelenkter Planwirtschaft gehört zum Kernbestand kommunistischer Ideologie; es ist ein Teil ihrer Staatsdoktrin. Danach soll nicht der freie, von privaten Unternehmen beschickte, Markt mit seinem Mechanismus von Angebot und Nachfrage bestimmen, was und wie und in welcher Qualität zu welchem Preis angeboten wird und die Nachfrage befriedigen kann, sondern eine staatlicherseits aufgestellter Plan. Als einziges Steuerungsinstrument der gesamten Volkswirtschaft legt er fest, welche Güter in welcher Menge und in welchem Zeitraum „verbrauchswirksam“ zu produzieren und zur Verfügung zu stellen sind. In der Praxis führte dies im gesamten Ostblock zu einem komplizierten System von Zielen, Zuständigkeiten, Zeiträumen, Produktionsziffern usw. Im Endeffekt musste stets Mangel verwaltet werden, weil immer eine Lücke zwischen Soll und Ist bestand, die Nachfrage größer war als das Angebot. Für die in einem solchen Wirtschaftssystem in „volkseigenen Betrieben“ (VEBs) arbeitenden Menschen hieß das in ihrem Arbeitsalltag, die Planvorgabe „von oben“ zu erfüllen oder möglichst „über zu erfüllen“, um in den Genuss bestimmter Prämien zu kommen, die ihr Dasein erträglicher machten, da der normale Lohn nur einen sehr bescheidenen Lebenszuschuss zuließ. Die Einführung des planwirtschaftlichen Systems in der DDR – wozu auch die Kollektivierung der Landwirtschaft gehörte – geschah aufgrund des marxistisch-leninistischen Weltbildes, das als wissenschaftlich gesicherte Tatsache, ja geradezu als Heilslehre angesehen wurde. Danach vollzieht sich die Weltgeschichte seit der Industriellen Revolution im 19. Jahrhundert als eine gesetzmäßig vorherzusehende Folge von Klassenauseinandersetzungen, bis die Widersprüche zwischen der „Ausbeuterklasse“, die das „Kapital“ (= die Produktionsmittel, aber auch Grundbesitz) besitzt und der Klasse der „Ausgebeuteten“, die nichts als ihre Arbeitskraft in den Produktionsprozess einbringen, gelöst werden können. Nach marxistischer Lehre ist das Grundübel der private Besitz von Produktionsmitteln, der den Klassengegensatz überhaupt erst verursacht und dazu führt, dass die Besitzenden immer mehr Kapital anhäufen, während die Masse der Arbeiter verelendet. Nach Karl Marx und Friedrich Engels, die solche Phänomene im 19. Jahrhundert während der Hochphase der industriellen Revolution in England (Kohlegruben; Textilindustrie) untersucht und analysiert hatten, ist die Grundvoraussetzung zur Überwindung der durch den Kapitalismus hervorgerufenen Widersprüche folglich die radikale Abschaffung des Privatbesitzes von Produktionsmitteln und – daraus folgend – des Unternehmergewinns („Profit“). Dementsprechend wurden ab 1949 in der DDR im großen Stil Betriebe verstaatlicht („volkseigen“).

*Die folgende Geschichte ist keine Satire, auch wenn es so scheint. Sie basiert auf der Auswertung eines umfangreichen Briefwechsels zwischen August 1985 und Dezember 1987. Dieser erzählt davon, in welcher ausweglosen Lage das System sogar einen biederen Handwerksmeister stürzen konnte, der nichts anderes wollte als seinem Versorgungsauftrag für die Bevölkerung nachzukommen. Als ob Franz Kafkas berühmte Parabel „Vor dem Gesetz“ (siehe Seite 135) die Dramaturgie zu diesem Stück geliefert hätte...*

## **Bühnenbild: Zeitgeschichte, grau**

Im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens war die DDR ein zunehmend brüchiger werdender Staat. Während sich Erich Honecker in seinen außenpolitischen Erfolge sonnte, die ihn 1987 bis auf den roten Teppich zum Staatsbesuch in Bonn<sup>2</sup> trugen, erfuhren die Bürger der DDR die Zustände im Land selbst als nur noch desolat. Demokratisierungsprozesse, in den siebziger Jahren versprochen, waren uneingelöst geblieben. Dies wurde umso deutlicher empfunden, je mehr die in Polen aufblühende Solidarność-Bewegung weltweit an Sympathie gewann. Und als Michail Gorbatschow<sup>3</sup> 1985 die politische Bühne betrat, wirkte die Führungsriege der DDR wie eingefroren, reformunfähig und einzig auf ihren Machterhalt fixiert. Zu spüren bekamen die Bürger dies im rapiden Ausbau des Apparates der Staatssicherheit<sup>4</sup>. Innerlich hatten sich die meisten von ihrem Staat verabschiedet und wo immer es ging, ihre Nische<sup>5</sup> gesucht.

<sup>2</sup> Am 7. September 1987 traf Erich Honecker, Ministerpräsident der DDR, in Bonn zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch bei Bundeskanzler Helmut Kohl ein. Dabei wurden Abkommen zum Umwelt- und Strahlenschutz sowie Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik vereinbart. Obwohl die Bundesrepublik die DDR niemals als Staat anerkannte, interpretierte Erich Honecker diesen Besuch beim „Klassenfeind“ als Höhepunkt seiner auf weltweite Anerkennung der DDR als „zweiten deutschen Staat“ gerichteten Außenpolitik. Vgl. Wolfgang Benz: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR. Chronik, Dokumente, Bilder. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1990

<sup>3</sup> Mit seinen auch im Westen stark beachteten Büchern „Glasnost“ und „Perestroika“ kritisierte Michail Gorbatschow wie kein anderer Politiker der ehemaligen Sowjetunion die Zustände und Verkrustungen im eigenen Land. Mit ihm begann eine Periode der Liberalisierung und Demokratisierung, die anfangs der neunziger Jahre schließlich zur Auflösung des kommunistischen Machtblocks führte.

<sup>4</sup> Erich Mielkes Überwachungsapparat der Staatssicherheit („Stasi“) der DDR verfügte Ende der achtziger Jahre über ca. 80.000 Mitarbeiter; hinzu kamen etwa 200.000 sogenannte informelle Mitarbeiter (IMs). Noch heute sind in der sogenannten Birthler-Behörde in Berlin Tausende von Akten, die deren Bespitzelungstätigkeit zu DDR-Zeiten enthalten, gelagert.

<sup>5</sup> Ein kollektives Psychogramm der für die Spätphase der DDR typischen „Nischengesellschaft“ lieferte Hans-Joachim Maaz in seiner Studie „Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR“, Berlin 1990. Danach hatte sich der Großteil der Bevölkerung längst von den ideologisch verbrämten und mit großen Propagandaaufwand verbreiteten Zielen der 50er und noch 60er Jahre verabschiedet.

# Auf neuem Kurs zum besseren Leben für alle!

Im 2. Halbjahr 1953 werden die verfügbaren Warenmengen erhöht



Nach dem Arbeiteraufstand vom Juni 1953 wurde die Propagandatrommel gerührt und der Bevölkerung eine deutlich bessere Grundversorgung versprochen, was – sofern überhaupt – nur sehr schleppend eingelöst wurde.

Nicht mehr zu überdeckende Versorgungsprobleme prägten den Lebensalltag, Beschaffungs-Touren – meist während der Arbeitszeit – der Werktätigen ließen die Produktivität der Volkswirtschaft stetig weiter absinken. Auch technologisch hatte die DDR den Anschluss verpasst. Was auf der Höhe der Zeit war, beruhte auf kontingentierten Importen, von japanischen Videorekordern (zum Preis von 7200 Ost-Mark!) über PKWs ausländischer Produktion (VW, Citroën) bis hin zu den Angeboten der Intershop-Läden. Doch da das Regime fast ausschließlich darauf fixiert war, über solche Geschäfte Devisen zu beschaffen, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden, wurde in Kauf genommen, dass Waren und Wertvorstellungen aus dem Westen kultische Verehrung genossen.<sup>6</sup>

Selbst die offiziellen Verlautbarungen zeigten nur noch wenig Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des eigenen Gesellschaftssystems. Vom „Sieg des Sozialismus“<sup>7</sup>

<sup>6</sup> „Der Fetischcharakter westlicher Waren war nicht mehr zu überbieten: Leere Bier- oder Coladosen wurden als Schmuckstücke auf die Schrankwand gestellt, Plastetüten mit Reklameaufschriften besaßen Handelswert, Westkleider machten Leute. Realer Mangel und qualitätsmindere Ware bei uns, der Warenüberfluss und der Qualitätsluxus im Westen waren der affektive Hintergrund für eine nie endende und nie befriedigende Konsumspirale. So war auch bei Uns ‚Familie Neureich‘ ein beliebtes Spiel mit der Variation des Kinderspiels ‚Meins ist besser als deins‘, wobei der Westartikel den absoluten Maßstab setzte.“ Maaz, 1990, S. 85.

<sup>7</sup> Nachdem die Sowjetunion am 4. Oktober 1957 den ersten künstlichen Erdsatelliten namens „Sputnik“ in die Erdumlaufbahn geschickt hatte, frohlockte der gesamte Propagandaapparat der DDR und prognostizierte den baldigen endgültigen „Sieg des Sozialismus“ über den Kapitalismus (und die Bundesrepublik).



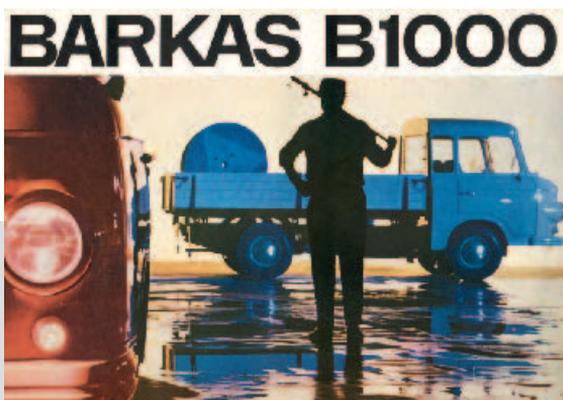
*Erst etwas leisten, dann konsumieren! Propaganda-plakat aus Anlass des bevorstehenden 10. Jahrestages der DDR im Oktober 1959.*

war schon lange keine Rede mehr, ebenso wenig vom „Weltniveau“<sup>8</sup>, das die DDR-Wirtschaft einst ja hatte erreichen wollen. Doch erst nach der Wende sollte sich herausstellen, wie marode ihre Wirtschaft wirklich war, dass der „real existierende Sozialismus“<sup>9</sup>, in festgeschriebenen Preisen für die Dinge des täglichen Bedarfs für jeden Bürger erfahrbar, Milliarden an Subventionen verschlang und keinen Spielraum für Investitionen mehr ließ.

<sup>8</sup> „Weltniveau“ war eine beliebte und beschönigende Propagandaformel zur Beschreibung des eigenen Leistungsstandards; sie tauchte nach dem 5. Parteitag der SED 1958, an dem Walter Ulbricht die Losung vom „Überholen ohne einzuholen“ der Bundesrepublik als „ökonomische Hauptaufgabe“ der DDR-Wirtschaft ausgegeben hatte, in den offiziellen Verlautbarungen und der Presse verstärkt auf. Spätestens in der Ära Honecker (1971-1989) hatte sie ihre propagandistische Schlagkraft mangels Glaubwürdigkeit verloren und wurde kaum mehr verwendet; in den achtziger Jahren war hier und da noch das Attribut „welthöchststandbestimmend“ zu lesen, zit. nach: Martin Ahrends: Allseits gefestigt. Stichwörter zum Sprachgebrauch der DDR, München 1989, S. 179.

<sup>9</sup> Nachdem der „Sieg des Sozialismus“ über den Kapitalismus in den siebziger Jahren in ferne Zukunft gerückt und die Einsicht in das begrenzte Leistungsvermögen der eigenen Volkswirtschaft auch beim DDR-Regime selbst gewachsen war, wurden die pathetisch daherkommenden Sieges-Parolen des Aufbau-Jahrzehnts durch die bescheidenere Propaganda-Formel vom „real existierenden Sozialismus“ ersetzt. Freilich sollte auch sie besagen, dass es in der DDR ganz spezielle „Errungenschaften“ gab, welche die Bundesrepublik nicht für sich beanspruchen konnte: Existentielle Ängste brauchte hier niemand zu haben; neben der gesicherten Grundversorgung (Brot, Wohnungsmieten, Heizung, Fahrkarten usw. waren außerordentlich billig) für jedermann gab es – im Gegensatz zur zunehmenden Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik – auch ein Recht auf Arbeit.

Vgl. zu den Hintergründen der wirtschaftlichen Lage in der DDR in den 70er und 80er Jahren Dirk Schindelbeck: „Der Sozialismus in seinem Lauf...“ Alltagskulturelle und lebensweltliche Aspekte des Konsums in der DDR während der Ära Honecker, in: Rolf Walter (Hg.): Geschichte des Konsums. Erträge der 20. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 23.-26. April 2003 in Greifswald, Stuttgart 2005, S. 367-377.



Werbefaltblatt für den in DDR produzierten Kleintransporter Barkas B 1000



## 1. Akt: Meister L. stellt einen Antrag

„Deine Friedenstat – erfüllte Pläne!“ (DDR-Losung, 80er Jahre)<sup>10</sup>

20. August 1985: Meister L. aus Schleiz (Vogtland) stellt einen „Antrag auf Lieferung eines Gebrauchtlieferwagens vom Typ Barkas B 1000<sup>11</sup> zur Aufrechterhaltung der Dienstleistungen und Reparaturen an Haushaltskühlschränken für die Bevölkerung.“ Mit seinem alten Wartburg-Combi, Baujahr 1959<sup>12</sup>, könne er die an ihn gestellten Aufgaben kaum noch erfüllen, „da der Wagen sehr oft ausfällt und keine Reparatur-Werkstatt ihn mehr reparieren will“. Dem Antrag der Firma L. vorausge-

<sup>10</sup> Im Folgenden wird jedes Kapitel des Dramas um den beantragten Lieferwagen mit einer Propagandaparole kontrastiert. Diese erzählen ihrerseits vieles über den jeweiligen Soll-Zustand der DDR. Eine Parole wie „Der Sozialismus siegt, weil er wahr ist“ steht z.B. für den Optimismus der späten fünfziger Jahre, ebenso wie „sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ als ideologische Verknappung des Ende der 50er Jahre verkündeten Volkserziehungsprogramms zur sozialistischen Persönlichkeit. „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ ist dagegen eine typische Parole der späten sechziger Jahre, ein Bekenntnis wie „Mein Arbeitsplatz ist ein Kampfplatz für den Frieden!“ wiederum ist eine typische 80er-Jahre-Kampagne.

<sup>11</sup> Der mit einem gedrosselten Wartburg-2-Takt-Motor (46 PS aus 1000 ccm) ausgerüstete Barkas B 1000 aus DDR-eigener Produktion war der gebräuchlichste Kleinlieferwagen nicht nur in der DDR, sondern im gesamten Ostblock. Er wurde von 1961 bis 1991 nahezu unverändert produziert und entsprach von der Größe her etwa dem VW-Bully. Es gab ihn als Bus, als Kastenwagen und als Pritsche.

<sup>12</sup> Der Wartburg-Combi vom Typ 311 wurde von 1956 bis 1966 im Eisenacher Automobilwerk AEW produziert; es gab ihn selbstverständlich auch als Limousine und von 1957 bis 1959 sogar als Cabriolet. Von diesem Typ, der seinerzeit über 16.000 Mark kostete, wurden jedoch nicht einmal 300 Exemplare gefertigt. Seine Produktion wurde aufgrund eines RGW-Beschlusses (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe der Comecon-Staaten) 1959 gestoppt, der die Zuständigkeiten für die Produktion von Automobilen, LKWs, Bussen, Straßenbahnen usw. im gesamten Ostblock festlegte und jedem Mitgliedsstaat bestimmte Produktionslinien vorschrieb. Fortan durften in der DDR lediglich der Kleinwagen „Trabant“ und der Mittelklassewagen „Wartburg“ (bis 1966 Typ 311, danach 353) hergestellt werden – allerdings nur als Limousine und PKW-Kombi. Luxusausführungen wie Cabriolets, die als westlich-dekadent und für den sozialistischen Aufbau als nicht förderlich galten, wurden aus der Programm genommen. Vgl. hierzu: Dirk Schindelbeck: Die volkseigene Mobilität. Streiflichter aus der Geschichte des Zweitakt-Staates, in: praxis geschichte, Heft 4/1992, S. 60-62.

gangen war ein Gespräch mit dem ebenfalls als Elektrofachbetrieb tätigen Kollegen H. aus dem Nachbarort Hirschberg, damit dieser seinen bereits eingereichten Antrag auf Bereitstellung eines Fahrzeuges zurückstelle.

10. März 1986: Da sich nach sieben Monaten noch immer nichts getan hat, sucht Meister L. Unterstützung beim Bezirksdirektor W. des VEB<sup>13</sup> Haushaltsgeräteservice Bezirksdirektion Gera. Der befürwortet den Antrag und legt seinerseits dessen Dringlichkeit in einem Brief an den Kollegen F., Mitglied des Rates des Kreises Schleiz für ÖVW (Örtliche Versorgungswirtschaft) dar. Dieser wiederum wendet sich Anfang April 1986 an die übergeordnete Stelle, den Rat der ÖVW des Bezirks Gera zwecks „Bereitstellung eines Kleintransporters B 1000“ bei gleichzeitiger Zurückstellung des Antrags der Konkurrenzfirma H.

23. Juli 1986: Seit der Antragstellung ist nun fast ein Jahr vergangen, nichts ist passiert. In seiner Not macht Meister L. eine Eingabe nach ganz oben, an den Staatsrat der DDR<sup>14</sup> und bittet „um entsprechende Unterstützung bei der Bereitstellung eines Fahrzeuges“. Er erhält zur Antwort, dass man mit dem Rat des Bezirkes<sup>15</sup> Gera, der für die Angelegenheit zuständig sei, Kontakt aufgenommen habe und er von dort weiteren Bescheid abwarten möge.

13. September 1986: Noch immer hat sich nichts getan. Meister L. hakt beim Staatsrat nach und moniert, dass ihm aus Gera bis dato noch kein Bescheid zugegangen sei. Auf telefonische Nachfrage sei ihm von dort lediglich mitgeteilt wor-

<sup>13</sup> VEBs (volkseigene Betriebe) entstanden nach der Gründung der DDR aufgrund von Enteignungen privatwirtschaftlich geführter Unternehmen durch Überführung in Staatseigentum. Die den VEBs übergeordneten größeren Struktureinheiten hießen „Kombinate“; umgekehrt gab es in jedem VEB mehrere „Brigaden“, die in der Regel aus 10 bis 30 Mitarbeitern bestanden, sich am „sozialistischen Wettbewerb“ beteiligten und ein „Brigadetagebuch“ zu führen hatten, in welchem sie ihre Ziele, Produktionserfolge, aber auch ihre kulturellen Engagements und sozialen Aktivitäten festhielten.

<sup>14</sup> Der Staatsrat der DDR war ein Organ der Volkskammer und nahm Aufgaben und Funktionen (darunter die eines Staatsoberhauptes der DDR) wahr, die ihm durch Gesetze und Beschlüsse der Volkskammer übertragen worden waren. Dazu gehörten u.a. „die Unterstützung der örtlichen Volksvertretungen und die Förderung ihrer Aktivität bei der Gestaltung der Gesellschaft sowie Einflussnahme auf die Wahrung und Festigung der Gesetzlichkeit in der Tätigkeit dieser Gremien (Volkswirtschafts- und Staatshaushaltspläne sowie andere Gesetze und Rechtsvorschriften), zit. nach: DDR-Handbuch, Bd. 2, hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1985, S. 1298.

<sup>15</sup> Zwischen 1952 und 1990 war das Gebiet der DDR – heute die „fünf neuen Bundesländer“ – verwaltungstechnisch in 16 Bezirke aufgeteilt. Diese zerfielen ihrerseits jeweils in eine Anzahl von Kreisen. Der Bezirk Gera bestand aus 13 Kreisen, unter anderen Lobenstein und Schleiz im Süden.

den, „dass mit einer Bearbeitung nicht vor dem 22. August 1986 begonnen“ werden konnte, außerdem Rücksprache mit der ÖVW des Rates des Kreises Schleiz genommen werden müsse. Antwort des Staatsrats: Man habe sich „umgehend mit dem Rat des Bezirkes Gera in Verbindung gesetzt und um eine abschließende Prüfung des Anliegens gebeten“. Von dort möge er das Prüfungsergebnis abwarten.

6. Oktober 1986: Meister L. erhält vom Rat des Bezirkes Gera endlich den ersehnten Bescheid. Die Eingabe sei „unmittelbar nach Erhalt zur Prüfung des Sachverhaltes und zur möglichen Einordnung dem Mitglied des Rates für Örtliche Versorgungswirtschaft übergeben“ worden. „Von dort,“ so der zuständige Sachbearbeiter Dr. D., sei in Erfahrung gebracht worden, „dass der für das Jahr 1986 für den Kreis Schleiz vorgesehene Kleintransporter B 1000 bereits durch den Rat des Kreises Schleiz vergeben war.“ Das Schreiben gipfelt im Hinweis darauf, dass die „umfangreichen Rücksprachen zur Bearbeitung der Sache über Gebühr Zeit in Anspruch genommen“ hätte, „sodass die gesetzliche Bearbeitungszeit überschritten“ worden sei.

## **2. Akt: neue Akteure, neue Hoffnung** **„Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ (DDR-Losung, 1968)**

2. November 1986: In seiner Verzweiflung übergibt Meister L. die Sache an seinen studierten Sohn. Dieser wendet sich in geschliffeneren Worten als es Meister L. vermag erneut an den Staatsrat der DDR und schildert den Fall unter Beifügung des bisher angefallenen Briefverkehrs.

17. November 1986: Antwort des Staatsrats: „Ihre Eingabe wurde aufmerksam zur Kenntnis genommen. Da Anträge auf Bereitstellung von Nutzfahrzeugen nur durch die zuständigen örtlichen Staatsorgane geprüft und entschieden werden können, bitten wir um Verständnis, dass wir uns wiederum mit dem Vertreter des Rates des Bezirkes für Verkehrs- und Nachrichtenwesen in Verbindung gesetzt und um sachliche Prüfung der von ihnen gegebenen Hinweise gebeten haben.“

25. November 1986: Immerhin scheint die erneute Eingabe auf der Ebene des Bezirks nun Wirkung zu zeigen. Dr. D. vom Rat des Bezirks Gera beraumt „eine Beratung im Dienstzimmer des Ratsmitglieds für Verkehrs- und Nachrichtenwesen, gemeinsam mit dem Rat des Kreises Schleiz“ an.

6. Dezember 1986: Bei dieser Sitzung treffen vier von der Sache betroffene Personen eine Vereinbarung: Neben Dr. D. vom Rat des Bezirks Gera sind dies ein Mitglied des Rates des Kreises Schleiz, der stellvertretende Abteilungsleiter der Örtlichen Versorgungswirtschaft (ÖVW) sowie Meister L. selbst. Um das Beschaffungsproblem zu lösen, werden „im gegenseitigen Einvernehmen“ vier Punkte festgeschrieben: die „Rangfolge des Bezuges eines Gebraucht-B 1000“, sodann die erklärte Absicht der „Abt. ÖVW beim Rat des Kreises, die Abt. ÖVW beim Rat des Bezirkes über die Bereitstellung eines Bilanzanteiles für den Bezug eines neuen B 1000“ zu ersuchen, ferner das Bemühen der Firma L, „über den Maschinenhandel Gera einen geeigneten Lieferwagen bis zur Bereitstellung eines B 1000 zu erhalten“ und schließlich die Zusicherung, dass „die Abt. Verkehrs- und Nachrichtenwesen beim Rat des Bezirkes“ Einfluss auf den Maschinenbauhandel“ nimmt, „damit die Bereitstellung eines geeigneten Fahrzeuges im Sinne der Aufrechterhaltung der Firma L. möglichst kurzfristig erfolgt.“ Das müsste der Durchbruch sein.

22. März 1987: Die feierlich getroffene Vereinbarung hat auch nach fast vier Monaten nichts bewirkt. Meister L.s Sohn schickt sie in Kopie an den Staatsrat der DDR. Aus seiner Enttäuschung und Wut über diese Zustände macht er keinen Hehl mehr. Sein Brief endet in der sarkastischen Bemerkung: „Da es also nicht möglich ist, meinem Vater zu helfen, könnte ich mich vielleicht anbieten, einen Reisepass mit Visum für ein Jahr vorausgesetzt, ein Jahr in der BRD zu arbeiten, um meinem Vater über die GENEX-Geschenkdienst GmbH<sup>16</sup> einen neuen Barkas zu finanzieren.“

8. April 1987: Antwort des Staatsrat der DDR in bewährter Manier: „Ihre erneute Eingabe wurde dem Rat des Bezirks Erfurt übergeben, zur Prüfung der Möglichkeit der Bereitstellung eines Fahrzeuges aus außerplanmäßiger Zuführung bzw. aus der Reserve. Bitte erwarten Sie den Bescheid von dort.“

<sup>16</sup> Die Genex-Geschenkdienst GmbH, 1957 von der DDR-Regierung gegründet, vermittelte zollfreie Geschenksendungen nach Katalog aus dem westlichen Ausland an Empfänger in der DDR. Obwohl jedermann in der DDR vom Genex-Katalog wusste, war dieser nicht frei zugänglich, um möglichst wenig Begehrlichkeiten in der Bevölkerung zu erzeugen, die nur die Unzufriedenheit geschürt hätte. Er enthielt im wesentlichen jene Mangelwaren und Dienstleistungen (Autos, Urlaubsreisen usw.), deren Erlangung für DDR-Bürger aufwendig, langwierig und nervenaufreibend war. Der Genex-Geschenkdienst stellte eine willkommene Devisenquelle für die Staatskasse der DDR dar: Diese zumeist deutsch-deutschen Transaktionen wurden über zwei Vertragsfirmen in Kopenhagen und Zürich abgewickelt, zit. nach: Martin Ahrends: Allseits gefestigt. Stichwörter zum Sprachgebrauch der DDR, München 1989, S. 66.



Wartburg 311 Kombi. Mit einem solchen Fahrzeug konnte Meister L. bis 1987 als Elektrofachbetrieb den Haus- und Reparaturdienst sicherstellen.

### 3. Akt: Die Lage spitzt sich zu „Qualität – mein Beitrag für den Frieden!“ (DDR-Losung, 80er Jahre)

18. April 1987: Die Lage ist ernst; Kühlschrankschrankwartungen außer Haus sind für Meister L. nicht mehr möglich. Sein altersschwaches Auslieferungsfahrzeug, der Wartburg-Combi von 1959, ist nicht mehr zu reparieren und muss endgültig verschrotet werden. Nun übernimmt der andere, in Leipzig wohnhafte, Sohn des Elektromeisters L. die Eingabeführung und setzt den Staatsrat vom „Ableben“ des alten Fahrzeugs in Kenntnis: „Noch am gleichen Tag informierte mein Vater die Örtliche Versorgungswirtschaft in Schleiz, Maschinen- und Materialreserven in Gera sowie die Abteilung Verkehr des Rates des Kreises Schleiz, inwieweit nun die Möglichkeit der Bereitstellung eines Fahrzeugs gegeben wäre. Ihm wurde mitgeteilt, dass er auf keiner Vergabeliste stünde! Weder die Örtliche Versorgungswirtschaft noch Maschinen- und Materialreserven sahen sich imstande ihm zu helfen. Im Ergebnis der konzentrierten Inaktivität und Insuffizienz aller staatlicher Stellen in Kreis und Bezirk werden meinem Vater defekte Kühlgeräte seit dem 9. April nach Hause gebracht!“

28. April 1987: Antwort des Staatsrats: „In Ergänzung der bereits in Bearbeitung befindlichen Eingaben haben wir Ihr Schreiben an den Rat des Bezirkes weitergeleitet und gebeten, die darin enthaltenen Hinweise mit der Bearbeitung zu beachten.“

15. Mai 1987: Meister L. erhält vom Rat des Bezirks Gera ein Schreiben außergewöhnlicher Länge: „Durch Ihr Einverständnis mit den getroffenen Festlegungen wurde das für 1986 nicht ausgelieferte Fahrzeug für die Firma H. auf Grund der Einordnung der Rang- und Reihenfolge vom Rat des Kreises Schleiz, Abteilung Örtliche Versorgungswirtschaft, für das Jahr 1987 vorgesehen und in die Auslieferungsliste für 1987 übernommen. Ich schlage Ihnen vor, sich erneut für das Jahr 1988 an den Rat des Kreises Schleiz, Abteilung ÖVW, mit einem Antrag auf Einordnung in die Dringlichkeitsliste für Gebrauchtfahrzeuge B 1000, zu wenden. Um die Zeit bis zur Bereitstellung eines Gebrauchtfahrzeugs B 1000 zu überbrücken und damit Ihren versorgungspolitischen Aufgaben gerecht zu werden, halte ich es für erforderlich, sich nochmals an den Maschinenbauhandel Gera zu wenden, zwecks Auslieferung eines geeigneten Lieferfahrzeugs, u.a. auch eines PKW-Combi. In dem Ihnen unterbreiteten Verfahrensweg sehe ich die Übergangslösung zur Absicherung Ihres Kundendienstes gegenüber der Bevölkerung.“

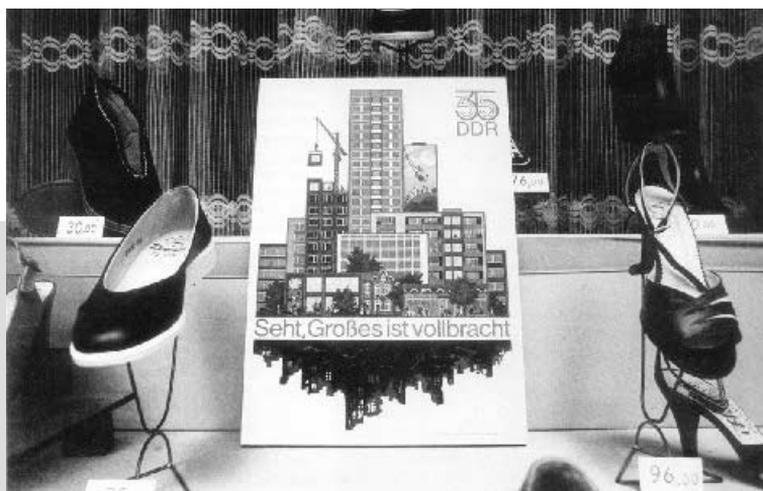
14. Juni 1987: Wieder wendet sich Meister L.s Sohn an den Staatsrat der DDR. Den Brief des Rats des Bezirks Gera legt er bei, allerdings nicht ohne gepfefferten Kommentar: „Ergebnis aller Bemühungen ist, dass meinem Vater mitgeteilt wird, dass er sich erneut für das Jahr 1988 an den Rat des Kreises Schleiz mit einem Antrag auf Einordnung in die Dringlichkeitsliste für Gebrauchtfahrzeuge B 1000 wenden sollte. In der Zwischenzeit soll er sich beim Maschinenbauhandel Gera um ein geeignetes Lieferfahrzeug kümmern. Selbst ist der Mann! Ich bedanke mich im Namen meines Vaters für die hervorragende Unterstützung von staatlicher Seite während der letzten beiden Jahre bei der Lösung dieser äußerst schwierigen Aufgabe.“

26. Juni 1987: Antwort des Staatsrats aus Berlin: „Die Angelegenheit Ihres Vaters wird in Gera bearbeitet. Wir bitten Sie, von weiteren Schreiben zur gleichen Sache Abstand zu nehmen.“

#### **4. Akt: Die Behörde schäumt**

**„DDR – Dialog, Demokratie, Realismus“ (DDR-Lösung, 80er Jahre)**

17. Juli 1987: Meister L. wird von der Örtlichen Versorgungswirtschaft des Rates des Kreises Schleiz Folgendes mitgeteilt. Er habe vom Rat des Bezirkes eine „vertretbare Lösung bis zum Erhalt eines B 1000 erhalten. Mit Ihrer Haltung als Handwerksmeister gegenüber der Bevölkerung, dass alle Geräte in Ihre Werkstatt gebracht



*Noch 1984: Schaufenster eines Schuhladens als Propaganda-Instrument zur Selbstdarstellung des Staates...*

Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, Berlin 1996, S. 143

werden müssen, können wir uns nicht länger einverstanden erklären. Entsprechend Ihrer Beauflagung zur Gewerbe genehmigung stellt Ihre Handlungsweise keine Hausreparaturen durchzuführen einen Verstoß dar. Solche Aussagen wie ‚Ich habe kein Fahrzeug, beschweren Sie sich beim Rat des Kreises!‘ untersage ich Ihnen nachdrücklich.“

19. Juli 1987: Diese Verdrehung des Sachverhalts lässt Meister L. nicht auf sich sitzen: „Im Hinblick auf eine annehmbare Lösung erwarte ich von Ihnen umgehend konkrete und sinnvolle Vorschläge zur Beseitigung des Problems. Weitere Schritte behalte ich mir vor.“

28. Juli 1987: Der Rat des Kreises Schleiz schäumt: „In Auswertung Ihres Antwortschreibens, das eine Reihe von Unterstellungen und Beschimpfungen der staatlichen Organe enthält, werden nicht Sie sich, sondern wir uns weitere Schritte vorbehalten. Ihre Verantwortung als Handwerksmeister endet nicht mit der Abgabe eines Antrages für einen gebrauchten B 1000, sondern Sie haben zu sichern, dass Ihr Betrieb auf der Grundlage der erteilten Gewerbe genehmigung im Interesse der Bevölkerung funktioniert. Ich teile Ihnen abschließend mit, dass von der Forderung, schnellstens den Hauskundendienst wieder aufzunehmen, keine Abstriche gemacht werden.“

29. Juli 1987: Das wiederum mag Meister L. so nicht stehen lassen. Sein Brief habe „keine Unterstellungen, sondern jederzeit überprüfbare Tatsachen enthalten, und die Unzulänglichkeit einzelner Beamter stellt noch keine pauschale Beschimpfung staatlicher Organe dar. Wenn die Absicherung der Versorgungsleistung einschließlich der vollen Verantwortlichkeit für die Beschaffung eines Fahrzeugs allein mir obliegt, muss ich ernsthaft fragen, worin eigentlich Ihre Unterstützung bzw. Kompetenz besteht.“

## 5. Akt: ausgetrickst und kaltgestellt

„Den Sozialismus in seinem Lauf / hält weder Ochs noch Esel auf!“  
(Erich Honecker, 1989)<sup>17</sup>

Darauf schweigt die Behörde, doch sie ist nicht untätig. Noch ahnt Meister L. nicht, welche „Lösung“ hinter seinem Rücken auf den Weg gebracht wird. Nicht er, sondern Elektromeister Klaus F., einst Lehrling bei ihm und bislang nur im Kreis Lobenstein tätig und gewissermaßen sein Konkurrent, erhält am 20. Oktober 1987 ein Schreiben des Rates des Kreises Schleiz: „In Auswertung der Versorgungssituation des Kreises beauftrage ich Sie, das Leistungsvermögen Ihres Betriebes voll auf den Kreis Schleiz zu konzentrieren. Da in keinem Punkt unserer Auflage in der Gewerbe-genehmigung von einem vorrangigen Einsatz im Kreis Lobenstein die Rede ist und diese Regelung in Absprache mit Firma L. und Ihnen vorgenommen wurde, sehen wir uns veranlasst, diese Regelung ab sofort aufzuheben. Auf Grund Ihrer guten Arbeit und Einsatzbereitschaft im Hauskundendienst erwarte ich von Ihnen mit ganzer Kraft den Forderungen der Bevölkerung des Kreises Schleiz zu entsprechen. Aus Beratungen mit Bürgermeistern und aus Einwohnerversammlungen ist mir bekannt, dass noch Unkenntnis über das Bestehen Ihres Betriebes existiert. In Ihre Überlegungen ist die Aufgabe einer Presseanzeige zu Anmeldezeiten, Hauskundendienst usw. mit einzubeziehen.“ Kurze Zeit später tauchen in den regionalen Zeitungen Inserate auf, die auf die Existenz eines neuen für den Kreis Schleiz zuständigen Elektrofachbetriebes hinweisen.

18. November 1987: Auch der VEB Haushaltgeräteservice ist längst intern eingeweiht; schließlich ist er unmittelbar von dieser „Umstrukturierungsmaßnahme“ betroffen. Von dieser Stelle erhält Meister L. ein Schreiben: „Anlässlich des Versorgungsrapportes beim Rat des Bezirkes wurden wir informiert, dass zur Absicherung des Kundendienstes im Kreis Schleiz durch die Abteilung ÖVW des Rates des Kreises Schleiz neue Maßnahmen getroffen wurden. Wir möchten Sie hiermit bitten, uns zu unterrichten, wie durch Ihren Betrieb die Bestimmungen des Garantie- und Kundendienstvertrages derzeit realisiert werden können und uns die Gründe für even-

<sup>17</sup> Bis zuletzt hielt die offizielle DDR-Geschichtsschreibung am Dogma einer gesetzmäßigen Aufwärtsentwicklung des sozialistischen Systems fest. Sie unterschied dabei folgende Etappen: „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ (1945-1949); „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ (1949 - 1961); „Errichtung des entwickelten Sozialismus“ (1961- ca.1972); „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ (70er Jahre); „beginnende sozialistische ökonomische Integration“ (80er Jahre), zit. nach. Rolf Badstübner: Geschichte der DDR, Berlin 1981, S. 15

tuelle Abweichungen offiziell mitzuteilen (z.B. Hauskundendienst, Spät- und Samstagsdienst).“

23. November 1987: Ohne geeignetes Auslieferungsfahrzeug sind Meister L. die Hände gebunden. Er ist kaltgestellt. Zutiefst enttäuscht gibt er auf und sendet den gesamten Schriftverkehr an den VEB. „Leider sind die durch die ÖVW des Rates des Kreises Schleiz getroffenen Maßnahmen keine echte Verbesserung des Kundendienstes, sondern stellen mehr eine Diskriminierung meiner Person dar. Dies ergibt sich schon daraus, dass man es nicht für nötig hielt, mich vorher von den hinter meinem Rücken getroffenen Vereinbarungen zu informieren. Ich musste es erst aus der Zeitung erfahren.“

## Epilog

In konzertierter Aktion gelang es den Staatsorganen der DDR, einen unbequemen Elektromeister kaltzustellen – wenige Monate bevor das System selbst von seinen Bürgern für immer abgewickelt wurde.



*Nicht einmal 350 Exemplare wurden vom schönen Wartburg-Cabrio/Hardtop gebaut!*

### Franz Kafka (1883–1924): Vor dem Gesetz

Vor dem Gesetz steht ein Türhüter. Zu diesem Türhüter kommt ein Mann vom Lande und bittet um Eintritt in das Gesetz. Aber der Türhüter sagt, daß er ihm jetzt den Eintritt nicht gewähren könne. Der Mann überlegt und fragt dann, ob er also später werde eintreten dürfen.

„Es ist möglich“, sagt der Türhüter, „jetzt aber nicht.“

Da das Tor zum Gesetz offensteht wie immer und der Türhüter beiseite tritt, bückt sich der Mann, um durch das Tor in das Innere zu sehn. Als der Türhüter das merkt, lacht er und sagt:

„Wenn es dich so lockt, versuche es doch, trotz meines Verbotes hineinzugehn. Merke aber: Ich bin mächtig. Und ich bin nur der unterste Türhüter. Von Saal zu Saal stehn aber Türhüter, einer mächtiger als der andere. Schon den Anblick des dritten kam nicht einmal ich mehr ertragen.“

Solche Schwierigkeiten hat der Mann vom Lande nicht erwartet; das Gesetz soll doch jedem und immer zugänglich sein, denkt er, aber als er jetzt den Türhüter in seinem Pelzmantel genauer ansieht, seine große Spitznase, den langen, dünnen, schwarzen tatarischen Bart, entschließt er sich, doch lieber zu warten, bis er die Erlaubnis zum Eintritt bekommt. Der Türhüter gibt ihm einen Schemel und läßt ihn seitwärts von der Tür sich niedersetzen.

Dort sitzt er Tage und Jahre. Er macht viele Versuche, eingelassen zu werden, und ermüdet den Türhüter durch seine Bitten. Der Türhüter stellt öfters kleine Verhöre mit ihm an, fragt ihn über seine Heimat aus und nach vielem andern, es sind aber teilnahmslose Fragen, wie sie große Herren stellen, und zum Schlusse sagt er ihm immer wieder, daß er ihn noch nicht einlassen könne. Der Mann, der sich für seine Reise mit vielem ausgerüstet hat, verwendet alles, und sei es noch so wertvoll, um den Türhüter zu bestechen. Dieser nimmt zwar alles an, aber sagt dabei:

„Ich nehme es nur an, damit du nicht glaubst, etwas versäumt zu haben.“

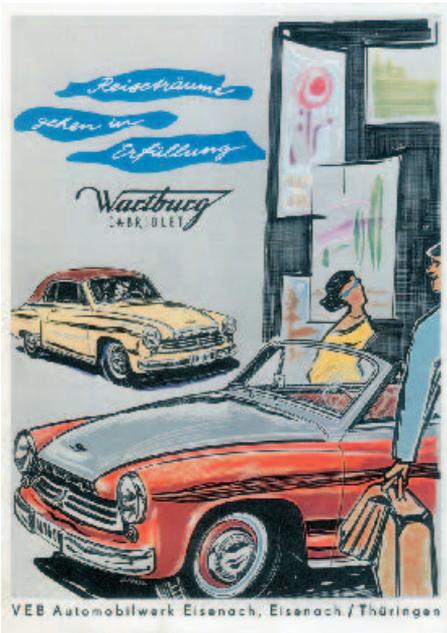
Während der vielen Jahre beobachtet der Mann den Türhüter fast ununterbrochen. Er vergißt die andern Türhüter, und dieser erste scheint ihm das einzige Hindernis für den Eintritt in das Gesetz. Er verflucht den unglücklichen Zufall, in den ersten Jahren rücksichtslos und laut, später, als er alt wird, brummt er nur noch vor sich hin. Er wird kindisch, und, da er in dem jahrelangen Studium des Türhüters auch die Flöhe in seinem Pelzkragen erkannt hat, bittet er auch die Flöhe, ihm zu helfen und den Türhüter umzustimmen. Schließlich wird sein Augenlicht schwach, und er weiß nicht, ob es um ihn wirklich dunkler wird, oder ob ihn nur seine Augen täuschen. Wohl aber erkennt er jetzt im Dunkel einen Glanz, der unverlöschlich aus der Türe des Gesetzes bricht. Nun lebt er nicht mehr lange. Vor seinem Tode sammeln sich in seinem Kopfe alle Erfahrungen der ganzen Zeit zu einer Frage, die er bisher an den Türhüter noch nicht gestellt hat. Er winkt ihm zu, da er seinen erstarrten Körper nicht mehr aufrichten kann. Der Türhüter muß sich tief zu ihm hinunterneigen, denn der Größenunterschied hat sich sehr zuungunsten des Mannes verändert.

„Was willst du denn jetzt noch wissen?“ fragt der Türhüter, „du bist unersättlich.“

„Alle streben doch nach dem Gesetz“, sagt der Mann, „wieso kommt es, daß in den vielen Jahren niemand außer mir Einlaß verlangt hat?“

Der Türhüter erkennt, daß der Mann schon an seinem Ende ist, und, um sein vergehendes Gehör noch zu erreichen, brüllt er ihn an:

„Hier konnte niemand sonst Einlaß erhalten, denn dieser Eingang war nur für dich bestimmt. Ich gehe jetzt und schließe ihn.“



Anzeige für das Wartburg Cabriolet in der exquisiten DDR-Frauenzeitschrift Sibylle vom März 1957



Eine typische DDR-Anzeige der HO (= Handelsorganisation) von 1967, in welcher die umfassende Versorgung der Bevölkerung auf hohem Niveau behauptet wird.

## Arbeitsaufgaben für die Oberstufe:

Können Sie Parallelen zwischen dem Briefwechsel als einem historischen Dokument („Sachtext“) und dem fiktionalen Text von Kafka erkennen – etwa im (vergeblichen) Streben nach Recht und Gerechtigkeit? Was nennen wir absurd?

Arbeiten Sie Kriterien zum Begriffspaar Marktwirtschaft/Planwirtschaft heraus. Kann ein planwirtschaftliches System überhaupt funktionieren, und wenn ja, warum und unter welchen Bedingungen?

Diskutieren Sie die in den Text als Kontrast zum sich entwickelnden Drama der Lieferwagen-Beantragung eingestreuten Propaganda-Losungen. Welche Funktion kam ihnen zu, welche Wirkung mögen sie gehabt haben – damals und heute?

Diskutieren Sie Faktoren und Gründe, die zum Zusammenbruch der DDR geführt haben. Welchen Stellenwert hatte dabei die Unzufriedenheit mit den ökonomischen und sozialen Bedingungen?

Analysieren und interpretieren Sie eine der historischen Werbe-Anzeigen aus der DDR. Nutzen Sie dabei die zusätzlichen Informationen im Fußnotenapparat. Was unterscheidet DDR-Werbung von unserer Wirtschaftswerbung heute?